

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 4 / 43. Jg.

24. Jan. 1930

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,90 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Za. Bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

## Redaktion:

Hans Renner, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
kass.: Mewig, Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hög, Berlin W 9. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Renner, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Für Arbeitsbeschaffung! — Gegen Anleihe Sperre!

Die Arbeitslosigkeit ist in ständiger Zunahme begriffen. Millionen arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeiter und Angestellten sind zum Feiern gezwungen. Die hohe Arbeitslosenziffer wiegt um so schwerer, als die Witterung bisher den Außenarbeiten verhältnismäßig günstig war. Es ist zu befürchten, daß die Schwierigkeiten, mit denen die Wirtschaft zurzeit zu kämpfen hat, sich noch verschärfen werden. Um so notwendiger ist es, alle Kräfte zu mobilisieren, die der sinkenden Beschäftigung entgegenwirken können. Dabei sind sich die Gewerkschaften wohl bewußt, daß die gegenwärtige Lage der Reichsfinanzen und des Kapitalmarktes eine durchgreifende Konjunkturpolitik erschwert. Die Gewerkschaften fordern aber, daß keine Möglichkeit unausgenutzt bleibt, die schwere Lage zu erleichtern. Dazu gehört in erster Linie Arbeitsbeschaffung durch die Kapitalzufuhr aus dem Auslande. Es ist unverantwortlich, wenn die Anleiheaufnahme, auch soweit sie auf Grund des Vertrauens der ausländischen Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft möglich ist, von deutscher Seite durch die verhängnisvolle Politik des Reichsbankpräsidenten und der Beratungs-

stelle für Auslandsanleihen durchkreuzt wird. Die Gewerkschaften haben die Politik der Anleihe Sperre stets als schädlich betrachtet; sie befinden sich dabei in Übereinstimmung mit dem Gutachten des von der Reichsregierung eingesetzten Enquete-Ausschusses. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die wachsenden Notstände ein längeres Beharren bei dieser wirtschaftsfeindlichen Politik der Absperrung von den internationalen Kapitalmärkten als volkswirtschaftlich gefährlich und sozialpolitisch unverantwortlich erscheinen lassen. Es ist unerträglich, daß sich in dieser schweren Lage der Reichsbankpräsident und die Beratungsstelle für Auslandsanleihen den wirtschaftlichen Erfordernissen entgegenstellen.

Die Gewerkschaften verlangen im Namen der Arbeiter und Angestellten, die sie vertreten, daß alles geschieht, um die Leiden der Erwerbslosen zu verringern. Sie fordern daher die Regierung auf, mit Entschlossenheit dem Gebot der Stunde zu folgen und für die Zulassung von Auslandsanleihen einzutreten — auch im Kampf gegen unverantwortliche Ratgeber — zur Beschaffung von Arbeit und zur Stützung der deutschen Wirtschaft.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund / Allgemeiner freier Angestelltenbund**  
Grafmann. Aufhäuser.

## Arbeiter und Wirtschafts-demokratie.

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schien zunächst die menschliche Gesellschaft in lauter voneinander getrennt wirtschaftende Einzelpersonen atomisieren zu wollen. Sie räumte auf mit den altertümlichen Zünften und Gilden und proklamierte neben der politischen auch die wirtschaftliche Freiheit der Person, die möglichst auch nicht einmal durch Unterwerfung unter die Satzungen einer sich freiwillig bildenden wirtschaftlichen Vereinigung geschmälert werden sollte. Es sollte keine anderen wirtschaftlichen Beziehungen von Personen zu Personen geben als die des Unternehmers und des Arbeiters, der Produzenten und der Konsumenten, des Verkäufers und des Käufers. Aus diesem allgemeinen Widerstreit sollte nach der Meinung der manchesterliberalen Volkswirtschaftslehrer durch das freie Spiel der Kräfte die allgemeine Harmonie der wirtschaftlichen Interessen geboren werden.

Der wirkliche Gang der Dinge hat den Glauben an das Ideal einer rein individualistischen Wirtschaftsordnung so gründlich zerstört, daß sich jene Atomisierung der Gesellschaft auch nicht einmal unter der kapitalistischen Ordnung aufrecht erhalten ließ. Die Wirklichkeit des modernen Kapitalismus strotzt von Organisationen und Ver-gesellschaftungen, nicht nur von Aktiengesellschaften, sondern auch von Kartellen, Trusts, Arbeitgeber-, Arbeiter-, Hausbesitzer-, Mieter- und Beamtenorganisationen, von Einkaufs-, Verkaufs-, Produktions- und Betriebsmittel-, Bau- und Kreditgenossenschaften; selbst die Zunft ist in der Form der Innung wieder auferstanden und führt in der fremden Welt der Lebendigen ein schattenhaftes Dasein. Das Wort „Organisation“, einst ein gegen die kapitalistische Gesellschaft geschleudertes Kriegsruf, ist zum Lösungswort der kapitalistischen Gesellschaft selbst geworden.

Gegenüber all diesen Bestrebungen solcher wirtschaftlichen Gruppierungen wird eine sozialistische Staatspolitik dieselben Richtlinien einhalten müssen, die ihr auch für ihre ganze sonstige Tätigkeit vorgezeichnet ist. Sie wird darauf bedacht sein müssen, die Herrschaft des Staates über die Produktionsmittel und die Produktionsverhältnisse überhaupt dauernd zu erweitern, die Produktion selbst zu fördern und dafür zu sorgen, daß den arbeitenden besitzlosen Massen ein stets wachsender Anteil an dem Genuß der Produkte

zufällt. Von diesen Gesichtspunkten aus wird sie dazu kommen, reine Ausbeuter- und Schmarotzerorganisationen wie z. B. städtische Grundbesitzervereine, unbedingt zu verwerfen. Gegen die meisten anderen privatwirtschaftlichen Organisationen wird indes ein so allgemein absprechendes Urteil nicht begründet sein. Von den allermeisten von ihnen kann gesagt werden, daß sie entweder die Entwicklung der Produktivkräfte wesentlich gefördert oder die Güterverteilung im Interesse der breiten Schichten vorteilhaft beeinflusst haben. Nur ein Teil von ihnen dient vornehmlich Ausbeuterinteressen.

Die Aktiengesellschaft, die sich aus den Handelskompanien des 17. und 18. Jahrhunderts entwickelte, ist die älteste Form der kapitalistischen Assoziation. Ihr Zweck ist, durch Vereinigung vieler kleiner Kapitalien eine einheitlich organisierte Kapitalmasse zu schaffen, die dann zum Betrieb großer wirtschaftlicher Unternehmungen, Handelsgesellschaften, Banken, Industriebetriebe, Bahnen usw. verwendet werden kann. Ihr unausgesprochener Nebenzweck ist freilich oft genug gewesen, eine Verbindung zwischen dem Großkapital und den kleinen Sparern zu schaffen dergestalt, daß die Gewinnaussichten dem ersteren, das Verlustrisiko aber den letzteren zuteil wird. Ein entwickeltes Aktienrecht hat die schlimmsten oder wenigstens auffälligsten Mißstände, die vordem auf diesem Gebiete herrschten, beseitigt. Nichtsdestoweniger bleiben für den kleineren Anteilhaber alle Mitverwaltungsrechte illusorisch, er ist zwar Eigentümer einer oder mehrerer Aktien, hat aber gar keinen Einfluß darauf, wie sich der Wert dieser Aktien gestaltet; sinkt er z. B. auf ein Viertel des Einkaufspreises, so ist der kleine Aktionär faktisch um drei Viertel seines Besitztums enteignet. Die Furcht vor zu großen Verlusten treibt daher die Besitzer kleiner Kapitalien in Zeiten weichender Konjunktur zu sogenannten Angstverkäufen, die dem stärkeren, die Marktäfte besser überschauenden Kapitalisten, Gelegenheit zu höchst gewinnbringenden Käufen bietet.

Die sozialistische Politik muß auf die Durchführung des Grundsatzes dringen, daß die Leitung einer Aktiengesellschaft, wie eines kapitalistischen Unternehmens überhaupt, für ihre Geschäftsgebarung nicht bloß den Geschäftsteilhabern, sondern der ganzen Öffentlichkeit verantwortlich ist. Sie muß dahin trachten, das Aufsichtsrecht der Behörde über die Aktiengesellschaft zu erweitern. In vielen Fällen wird es angezeigt sein, daß der Staat oder die Gemeinde

Aktien erwirbt, um auf die Geschäftsführung Einfluß nehmen zu können. Das wird namentlich dort der Fall sein, wo Staat oder Gemeinde mit solchen Aktiengesellschaften ohnehin in geschäftlicher Verbindung stehen.

Durch Vereinbarungen verschiedener kapitalistischer Unternehmungen zum Zwecke der Ausschaltung oder Einschränkung der gegenseitigen Konkurrenz entstehen Kartelle. Verdichten sich diese soweit, daß die durch sie miteinander verbundenen Unternehmungen eine nach außen hin geschlossen auftretende Wirtschaftsorganisation bilden, so wird man von Trusts (spr. Trösts) reden dürfen. Kartelle und Trusts streben auf ihrem Gebiete eine Monopolstellung an. Sie regulieren die Produktion, weisen ihren einzelnen Mitgliedern genau begrenzte Absatzgebiete zu, setzen Preise fest und richten ihr Verhalten bei öffentlichen Lieferungsangeboten (Submissionen) so ein, daß sie die Außenseiter womöglich immer, niemals aber sich selber gegenseitig unterbieten. Auch auf dem Arbeitsmarkt macht sich die Monopolstellung geltend, sie treffen Vereinbarungen über die Höhe der zu zahlenden Löhne und die Bedingungen, unter denen Arbeiter eingestellt werden.

Die Trusts gestalten das Wirtschaftsleben stetiger und übersichtlicher. Sie schalten jene störenden Elemente aus, die sich aus einer zügellosen Konkurrenz zahlloser kleiner Betriebe ergeben würden. Durch ihre großartige Organisation sind sie in stande, wirtschaftlich zu arbeiten, d. h. mit einem möglichst geringen Aufwand einen möglichst großen Nutzeffekt zu erzielen. Durch all das sind sie Wegbereiter der sozialistischen Produktionsweise. Zugleich aber entwickeln sich durch sie gänzlich neue Herrschaftsverhältnisse, die mit dem Geist der Demokratie, ja des Staatswesens, überhaupt nicht mehr vereinbar sind. Ihre Leiter sind tatsächlich unumschränkte Herren nicht nur eines gewaltigen Stückes des Nationalvermögens, sondern auch der Hunderttausende von ihnen beschäftigten Personen. Infolgedessen sind sie in stande, eine faktische Zwangsgewalt auszuüben, hinter der die Macht des Staates oft beschämend weit zurückbleibt. Durch die Trusts wird die Sozialisierung der Produktion zu einer Gegenwartsfrage von alles überragender Bedeutung.

Staatsgewalt und Trustsgewalt können nicht nebeneinander bestehen. Entweder der Staat muß sich gefallen lassen, von den Trusts beherrscht zu werden oder er muß selber die Trusts beherr-

schien. Ein drittes gibt es nicht. Nun sind ja die Machtmittel des Staates gegenüber den Trusts, sofern sie nur herzhafte zur Anwendung gebracht werden, wahrhaft überwältigend, die Aussicht auf eine solche kraftvolle Anwendung der vorhandenen Machtmittel ist aber nur dort gegeben, wo die Regierung nicht von einer bevorrechteten Minderheit, sondern von der Masse des Volkes gebildet wird. Soll der Trust nicht ein despotisches Regiment ausüben, dann bedarf er als Gegengewicht eine starke Demokratie. Nicht die Unterbindung der im Entstehen begriffenen Trusts, sondern die Verstaatlichung der entstandenen muß dann das Ziel sozialistischer Politik sein. So lange dieses Ziel noch nicht erreicht ist, ist wenigstens dahin zu wirken, daß sowohl das Interesse der Arbeiter, wie das der Konsumenten auf dem Wege der Gesetzgebung hinreichend geschützt wird. Das kann auf die verschiedenste Weise geschehen, so durch Änderung der Zollpolitik oder durch Begünstigung trustfreier Konkurrenz. Die bloße Drohung mit einschneidenden staatlichen Maßregeln wird in vielen Fällen genügen, den Trusts eine gewisse Rücksicht auf den Willen der Staatsgewalt aufzunötigen. Vor allem aber ist zu fordern, daß aller wirtschaftlichen Geheimbündel ein Ende gemacht wird, daß den Staatsbehörden in den Geschäftsbetrieb der Kartelle und Trusts der genaueste Einblick ermöglicht wird. Was von den Aktiengesellschaften gilt, das gilt in noch viel höherem Maße von jenen kapitalistischen Riesenverbänden, deren tatsächliche ungeheure Macht bei dem heutigen Stande der Dinge durch keinerlei öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit gedeckt wird. Wenn eine Geheimversammlung von Multimillionären berechtigt sein soll, die Meinungs-, Vereins- und Koalitionsfreiheit von Hunderttausenden faktisch zu beseitigen und der Bevölkerung durch Preiserhöhung nach Belieben Kontributionen aufzulegen, dann wird das Staatsbürgerrecht der Demokratie, das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments und die Verantwortlichkeit der Regierung zur bloßen Farce. Entweder also die Trusts oder die Demokratie, das heißt: entweder Untergang der Demokratie oder Sozialismus!

Ein großer, in starkem Wachstum begriffener Teil der privatwirtschaftlichen Organisationen der Gegenwart dient nicht dem Zwecke der kapitalistischen Ausbeutung, sondern vielmehr dem Kampfe gegen sie. Dazu gehören in erster Linie die Arbeiter- und Beamtenorganisationen, die auf eine Erhöhung des Arbeitseinkommens ihrer Zugehörigen hinwirken, aber auch die zahlreichen Genossenschaften, die den Zweck verfolgen, den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten abzukürzen und den Zwischengewinn des Unternehmers oder Händlers nach Möglichkeit auszuschalten. Man muß zwischen Genossenschaften unterscheiden, die die Erzeugung und den Verkauf von Waren organisieren, und solchen, die den Einkauf oder die Herstellung von Waren zum Eigengebrauch betreiben. Bei den ersten, den Produktivgenossenschaften, Verkaufsgenossenschaften von Landwirten, Handwerkern etc. besteht allerdings die Gefahr, daß sie mehr und mehr zu kapitalistischen Unternehmungen werden, die selber Ausbeutung treiben, teils des kaufenden Publikums, teils der eigenen Gesellen und Arbeiter. Bei den zweiten, unter denen die Konsumgenossenschaften die hervorragende Rolle spielen, besteht die Gefahr einer Ausbeutung des konsumierenden Publikums nicht, desto größer aber ist dafür die Gefahr, daß diese Genossenschaften im Kampfe gegen die Konkurrenz reinkapitalistischer Unternehmungen zu Ausbeutern ihrer Angestellten und Arbeiter werden.

Daher ist weder in Produktiv-, noch in Konsumgenossenschaften die restlose Verwirklichung eines sozialistischen Ideals zu erblicken, wiewohl richtig geleitete Genossenschaften diesem Ideal ein gut Stück Weges entgegenkommen können. Gelingt es, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Genossenschaftsmitglieder und jenen des Betriebspersonals zu erzielen, so kann die Konsumgenossenschaft im Kampfe der besitzlosen, arbeitenden Massen gegen die kapitalistische Ausbeutung eine höchst wirksame Waffe werden. Sicher werden aber der Staat und besonders die Gemeinde später die Funktionen der Konsumgenossenschaften zu übernehmen haben, deren Wirksamkeit namentlich für den Kommunalsozialismus wertvolle praktische Vorarbeit bedeuten wird. Es muß dann nicht mehr heißen: Selbsthilfe oder Staatshilfe, sondern Selbsthilfe durch Geltendmachung des Bürgerrechts am Staate.

## Neomerkantilismus.

Als der Kapitalismus seine ersten Flügelschläge tat, fand er ausgezeichnete Förderer in den absoluten Fürsten. Mit Arbeitszwang und Höchstlöhnen, Zollschutz und Subventionen zogen diese die Manufakturen und den Handel groß. Die Könige brauchten Geld für den Glanz ihrer Höfe, für ihre Heere und Flotten, für die innen- und außenpolitische Aufrechterhaltung ihrer Macht. Um das Land steuerfähig zu machen, wurden sie zu Krämmern und trieben für die Krämmer Politik. Wir nennen diese Zeit die Zeit des Merkantilismus.

Um der eigenen Wirtschaft Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu sichern, griffen die merkantilistischen Könige des 17. und 18. Jahrhunderts zu den Mitteln der Handelskriege. Es war ein Kampf um die ersten wirtschaftspolitischen Positionen, um die Herrschaft über die Meere, um Gold und Silber, um Sklavenhandel und Kolonien; ein einfacher und klarer Kampf um wenige Ziele. England besiegte in ihm nacheinander Spanien, Portugal und Holland. Trotz der Siege endete der Kampf unentschieden. Eine Frankreich ganz besiegt war, hatte sich die Situation geändert. Zu den wenigen wirtschaftspolitischen Positionen waren neue hinzugekommen: Eisen, Kupfer, Zinn, Wolle, Baumwolle. Es erwies sich, daß die Herrschaft einer Nation über alle wirtschaftspolitischen Positionen undenkbar war, daß man also notgedrungen auf ein Nebeneinander zukommen mußte. Das wurde noch klarer, als sich die Quellen des Reichtums weiter vermehrten, als Weizen und anderes Getreide, Jute und andere Faserstoffe, Kaffee, Tee und andere Genußmittel, Kork, Gummi und andere Rohstoffe wirtschaftspolitische Bedeutung erlangten.

Die Handelspolitik des Merkantilismus wurde abgelöst durch die des Liberalismus, die von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft nichts wissen wollte. Sie predigte die Theorie von der natürlichen Arbeitsteilung der Völker: wenn jede Nation seine Produktion darauf richtet, wozu sie Klima, Boden und Geschicklichkeit der Menschen am besten befähigt, werden die Kräfte jeder Nation am besten ausgenutzt, und die Bedürfnisse der Völker werden am billigsten befriedigt.

Die liberale Theorie von der natürlichen Arbeitsteilung der Nationen ist heute erschüttert. Was heißt „Entwicklung der natürlichen Kräfte eines Volkes“, wenn Engländer in Kohlen- und Erzschächten Südafrikas indische, chinesische und afrikanische Arbeiter ausbeuten; was heißt „Ausnutzung der Bodenschätze einer Nation“, wenn Amerikaner in allen Teilen der Erde Petroleum gewinnen, in Südafrika Kakao bauen, wenn Engländer Baumwolle in Ägypten, Gummi in Ceylon und Malaya, Kakao in Afrika, wenn Holländer Chinin auf Java bauen oder wenn Firmen mit mysteriösen Namen, wie C. J. L. (Korktrust) in Spanien und Kanada Kork produzieren? Was bedeutet das Schlagwort von der natürlichen Arbeitsteilung der Völker in einer Welt, in der die körperliche und geistige Tüchtigkeit eines Volkes und der natürliche Reichtum eines Landes in ihrer Bedeutung weit hinter der Macht des internationalen Kapitals zurücktreten? Was hat Indien von der Fruchtbarkeit seines Landes, was China von der Intelligenz seiner Bewohner? Die Parole von der natürlichen Arbeitsteilung ist längst unwahr geworden.

Wenn heute wieder von einem Neomerkantilismus gesprochen wird, so deshalb, weil in der Handelspolitik der Jetztzeit Züge wahrnehmbar sind, die deutlich an die Handelspolitik des Merkantilismus erinnern. Fast alle Staaten fördern einen großen Teil ihrer Wirtschaftszweige durch mehr oder weniger hohe Schutzzölle, sie fördern ihren Export durch Schaffung von Auskunftsstellen, durch den Wirtschaftsdienst der Konsulate, durch Exportkredite und Frachtermäßigungen. Deutschland fördert seine Filmindustrie durch die Vorschrift, daß auf einen eingeführten Film mindestens ein deutscher kommen muß, es versucht die Landwirtschaft dadurch zu fördern, daß es vorschreibt, daß dem Mehl ein bestimmter Prozentsatz inländischen Getreides beigemahlen werden muß u. a. m.; Frankreich reglementiert seine Erdöleinfuhr so, daß seine eigene Ölverarbeitungsindustrie großgezogen wird, Kanada organisiert seine Weizeneinfuhr durch Pooling (staatlicher Ankauf allen Getreides und Ausfuhr bei günstigen Marktverhältnissen), Brasilien fördert seine Kaffeeausfuhr in ähnlicher Weise, das Federal Farm-Board, das Amt zur Agrarförderung in Amerika, schafft für die Farmer eine Organisation für Marktberichterstattung, für technischen Unterricht, für genossenschaftlichen Ein- und Verkauf, für Kredite, für Lagerhäuser und Versicherungen. Bulgarien richtet ein System von Industriekonzessionen ein, um die inländische Industrie vor Konkurrenten zu schützen und stattdie konzessionierten Unternehmungen mit allerlei Vorrechten aus, Italien und Spanien verpflichten die inländischen Firmen, die vom Staat gewährte Vorteile in Anspruch nehmen wollen, ihren Bedarf durch inländische Ware zu decken, selbst wenn diese bis zu 10 Proz. teurer ist als ausländische. Italien verbietet Betriebsstillegungen und Vergnügungsreisen ins Ausland (setzt aber die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr mit einer hohen Summe in den Vorschlag der Zahlungsbilanz ein), die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien bauen hinter einem Wall von hohen Schutzzöllen und mit Subventionen eine nationale Industrie auf, Rußland schafft sich hinter dem Schutz seines Außenhandelsmonopols eine eigene Industrie. Die Beispiele können noch lange fortgesetzt werden. Es gibt fast in allen Ländern nationale Industrieprogramme, die alle das Ziel haben, sich den inländischen Markt vollständig und den ausländischen Markt zu einem möglichst großen Teil zu sichern. Das Ziel ist politische Macht, die Mittel sind Geld und Herrschaft über wirtschaftspolitische Positionen.

Auf unserer Stufe der Wirtschaft haben neue Produkte weltwirtschaftliche Bedeutung erlangt: Margarine und Schokolade, Zündhölzer und Zigarettens, Automobile und Kunstseide, Filme und Elektrizität. Jedes dieser Worte läßt die Vorstellung spanner der Wirtschaftskämpfe in uns wach werden, die das Schicksal Hunderttausender von Menschen berühren. Jedes Wort bezeichnet einen Gefahrenpunkt für den Weltfrieden.

Das Ergebnis der Wirtschaftsperiode, auf die wir zurückblicken, ist zwiespältig, wie alles im Kapitalismus; es ist auf der einen Seite die großartigste Entfaltung menschlicher Produktivkraft, die die Welt je gesehen hat, und es ist auf der anderen Seite der kapitalistische Raubzug des Kapitals einiger Nationen. Im Merkantilismus wurden die Könige zu Krämmern, heute sind Krämmer zu Königen geworden.

Der zwiespältige Charakter aller Dinge im Kapitalismus macht auch eine Stellungnahme schwer. Staatlicher Schutz für Industrie und Landwirtschaft und neomerkantilistische Wirtschaftspolitik sind Kampfmittel gegen fremdes Kapital; sie sind eine Verteidigung der Bodenschätze und der Schätze an Arbeitskraft gegen fremde Ausbeutung, doch sie führen leicht zu einer Privilegierung des einheimischen Kapitals. Wenn es auch schwierig ist und wenn es auch der Arbeiterschaft noch manches Kopferbrechen machen wird, man wird versuchen müssen, die Raubgelüste, sowohl des heimischen wie auch des fremden Kapitals, zu unterdrücken.

Wenn wir einmal von diesen besonderen Schwierigkeiten absehen, werden wir sagen müssen, daß es zwar wirtschaftliche Standortgesetze gibt, auf die die internationale Wirtschaft Rücksicht nehmen muß, daß die Bedingungen des Standortes einer Industrie aber keineswegs nur natürliche oder unabänderliche sind. Das Vorhandensein geeigneter Arbeitskräfte, die technische Geschicklichkeit und das Vorhandensein von Kapital sind Dinge, die eine Volkswirtschaft sehr wohl zu ihren Gunsten ändern kann. Und selbst wenn ein Produkt im eigenen Land nur mit einem gewissen Mehraufwand herstellbar ist, ist immer noch zu fragen, ob es nicht aus sozialen oder politischen Gründen vorteilhaft sei, diesen Mehraufwand zu tragen. Das liberale Ideal ist durch die Tatsachen diskreditiert. Das sozialistische Ideal einer solidarischen Wirtschaftsgemeinschaft der Welt winkt erst in der Ferne. Solange es noch nicht mehr Wirklichkeit ist als heute, wird auch ein Sozialist von Fall zu Fall erwägen müssen, was für das Wirtschaftsgebiet, mit dem er verbunden ist, am besten ist.

So wie die merkantilistische Politik heute getrieben wird, birgt sie eine große Gefahr in sich. Es ist nicht schwer, einzusehen, daß, wenn jeder Staat eine Politik treibt, die den eigenen Markt völlig absperrt und vom fremden Markt möglichst weit an sich reißen will, im Verkehr der Völker Spannungen auftreten, die entweder zur Isolierung oder zum Krieg führen. Eine Haltung, wie die der amerikanischen Schutzzollpolitiker, die sagt: „Die amerikanische Schutzzolltheorie hat immer angenommen, daß politische Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit unzertrennlich sind und: wir müssen glauben, daß wir selbsterhaltend und selbstgenügend sein müssen. Demgegenüber muß die wirtschaftliche Solidarität in den Hintergrund treten, denn wir glauben, daß unsere oberste Pflicht unserem eigenen Volk gegenüber die Aufrechterhaltung seiner Prosperität ist“, ist wirtschaftlicher Nationalismus. Eine Haltung, die das Wohl des eigenen Volkes über das der Gesamtheit der Völker stellt, ist in der Wirtschaft ebenso schädlich, wie in der Politik. In dem Strudel der Kämpfe, die daraus entstehen müßten, würden alle Völker gefährdet sein.

Die Epoche des Merkantilismus war begleitet von einer Serie von Handelskriegen, die die spanische, portugiesische und holländische Wirtschaft vernichteten, Frankreich in die Revolution und England an den Rand des Abgrundes brachten. Es wird aller Kraft der Arbeiter und der weitsichtigen Wirtschaftsführer der verschiedenen Länder bedürfen, damit die Erkenntnis, daß im wirtschaftlichen Verkehr der Völker nur ein Nebeneinander in gegenseitiger Rücksichtnahme zu einem gedeihlichen Ende führt, nicht noch einmal mit so schweren Opfern erkauft werden muß.

Kurt Schäfer.

## Größere Kohlenproduktion als 1913.

Innerhalb der jetzigen Reichsgrenzen wurden 1913 insgesamt 160 715 000 Tonnen Kohle gefördert. Braunkohle ist hierbei auf Steinkohle umgerechnet. 1929 betrug die gesamte Kohlenproduktion 202 720 000 t. Das ist eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit von mehr als 25 Proz. Von 1928 auf 1929 stieg die Kohlenförderung in Steinkohle um 8,4 v. H., in Braunkohle 5,6 v. H., insgesamt 7,9 v. H. Die Ausfuhr betrug 1929 42,1 Mill. t. 1913 betrug die Ausfuhr 46 und 1928 37,3 Mill. t. Das verfllossene Jahr gehört also für den Kohlenbergbau zu den besten Jahren.

# RECHT UND GESETZ

## Preis Ausschreiben für Unfallverhütung!

Nach den statistischen Ermittlungen der letzten Jahre war ein nicht unbeträchtlicher Teil aller Explosionen von Niederdruckkätzeln-Entwicklern darauf zurückzuführen, daß vom Brenner in die Azetylenleitung rücktretender Sauerstoff oder Flammenrückschläge von den Wasservorlagen nicht aufgehalten wurden. Dadurch ist es erwiesen, daß sich die Betriebssicherheit der Niederdruckkätzeln-Entwickler noch erheblich erhöhen wird, wenn es gelingt, die zugehörigen Sicherheitsvorlagen weiter zu verbessern. Der Fachausschuß für Schweißtechnik im Verein Deutscher Ingenieure, Berlin SW 7, Ingenieurhaus, hat sich infolgedessen entschlossen, in Übereinstimmung mit einer größeren Anzahl interessierter Organisationen und besonders mit tatkräftiger Unterstützung der interessierten Berufsgenossenschaften, ein Preis Ausschreiben hierüber zu erlassen, um noch bisher unbekannte erfinderische Kräfte in Deutschland zu finden und für dieses Problem zu interessieren.

Als Preise sind ausgesetzt: Ein erster Preis von 5000 RM., und ein zweiter Preis von 2500 RM. Die Bewerbungen sind an den oben genannten Fachausschuß für Schweißtechnik zu richten, von dem auch alle näheren Bedingungen über die Beteiligung an dem Preis Ausschreiben einzuholen sind. Der letzte Termin für die Einreichung ist der 1. Oktober 1930.

Ein viel allgemeineres Preis Ausschreiben, das sich weniger an Fachleute als vielmehr ganz allgemein an die Arbeiterschaft richtet, erläßt die Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37, in ihrem neuesten Unfallverhütungskalender für das Jahr 1930. (Zu beziehen von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H.) Hier wird nur ganz allgemein eine Idee für ein Bild gesucht, welches als Plakat für die Verbreitung des Unfallverhütungsgedankens verwendet werden kann. Als Preise sind hier ausgesetzt: Erster Preis 500 RM., zweiter Preis 300 RM., dritter Preis 200 RM. Letzter Termin für die Einsendungen ist der 31. Mai 1930. Die Bildvorschläge sind auf einer Postkarte an den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37, einzusenden. Kennwort: Kalenderpreis Ausschreiben. Auf der Vorderseite der Postkarte außerdem die genaue Anschrift des Einsenders, auf der Rückseite der Postkarte die Idee für das Bild. Andere Einsendungen bleiben unberücksichtigt. — Nicht die Ausführung, sondern die Idee wird gewertet.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf verwiesen, daß das vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften anlässlich der Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUW.) im Februar-März 1929 erlassene Preis Ausschreiben bereits entschieden ist. Ein erster Preis wurde nicht verteilt. Der dafür ausgesetzte Betrag wurde zur Erhöhung der Trostpreise verwendet. Der zweite Preis fiel auf den Ausdruck „Wahrschau“, der dritte Preis wurde der Lösung „Umsicht! Vorsicht! Rücksicht!“ zuerkannt.

## Die sozialpolitische Ausbeute des Jahres 1929.

### Ausblick auf das Jahr 1930.

Es geschieht nicht aus Pietät dem alten Jahre gegenüber, wenn wir es kurz daraufhin überschauen, was sich während seines Ablaufes auf dem sozialpolitischen Gebiet zugetragen und vor allem was uns an sozialpolitischen Gesetzen, Verordnungen und dgl. mehr beschert worden ist. Rückblicke sind notwendig. Wie rasch entschwinden einem doch die täglichen Vorgänge. Indem wir das vergangene Jahr in einem geistigen Prozeß nochmals an uns vorüberziehen lassen, können wir auch gleichzeitig Betrachtungen darüber anstellen, ob es sich bei ihm um ein Jahr des sozialen Fortschrittes für die Arbeitnehmerschaft handelt. Im übrigen bringen uns Jahresrückblicke immer wieder ins Bewußtsein, daß noch viel Kampf notwendig ist, bis unsere Forderungen erfüllt sein werden.

Allgemein kann gesagt werden, und es handelt sich hierbei um keine Übertreibung, daß das Jahr 1929 in bezug auf die sozialpolitische Gesetzgebung ein stilles Jahr gewesen ist. Große sozialpolitische Gesetze, die das soziale Leben im fortschrittlichen Sinne beeinflussen hätten, sind nicht zu verzeichnen. Natürlich können nicht in jedem Jahre große, die sozialpolitischen Rechte der Arbeiterschaft erweiternde Gesetze verwirklicht werden. Aber auch die Kleinarbeit in der sozialpolitischen Gesetzgebung (durch sie wird oft ebenfalls viel Wertvolles erreicht) war im Jahre 1929 nicht von allzu starkem positiven Einschlag. Die gesetzlichen Veränderungen, die erfolgt sind, sind leicht zu überschauen.

Zu erwähnen ist die Einbeziehung von 12 neuen Berufskrankheiten durch das Gesetz vom 11. Februar 1929 über die 2. Verordnung der Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten. Dieses Gesetz ist wohl das wichtigste von all den kleinen gesetzgeberischen Änderungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Durch dasselbe wurden auch der „Graue Star“ und die Staublungenkrankungen, um deren Einbeziehung in die Unfallversicherung die Gewerkschaften jahrelang gekämpft haben, dem Versicherungsschutz unterstellt. Zu erwähnen ist auch noch das Gesetz vom 18. Mai 1929 über die Verbesserung der Wochenhilfe. Durch dieses Gesetz wurde die Reichsversicherungsordnung dahin abgeändert, daß das Wochengeld vor der Entbindung drei Viertel des Grundlohnes beträgt, wenn die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt. Und das Gesetz über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 brachte eine geringe Erhöhung der Steigerungssätze in den ersten fünf Lohnklassen. Damit kann die Aufzählung schon beendet werden.

Im sonstigen wären noch einige Verordnungen und Erlasse zu erwähnen. So die Verordnung über die Arbeitszeit in der Zementindustrie vom 26. Mai 1929. Weiter die Verordnung vom 1. Februar 1929 über das Beschäftigungsverbot von Jugendlichen unter 18 Jahren bei der Herstellung von Knallkorken. Mehrere Erlasse hatten sich mit der Krisenfürsorge zu befassen. So mußte infolge starker Verschlechterung des Arbeitsmarktes durch Erlaß vom 22. Februar 1929 die Krisenunterstützung grundsätzlich auf alle Berufsgruppen ausgedehnt werden. Diese Erweiterung ist dann allerdings durch den Erlaß vom 29. Juni 1929 wieder eingeschränkt worden. Noch einige andere, die Verhältnisse der Arbeitslosen verbessernde Erlasse sind ergangen. Die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit wurden auch auf die Sonderfürsorge bei berufsfähiger Arbeitslosigkeit ausgedehnt (Erlaß vom 14. Januar 1929) und die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit für ältere Angestellte können nun auch auf Angestellte zwischen 30 und 40 Jahren angewandt werden. Zu erwähnen ist schließlich noch, daß am 27. Februar 1929 die Richtlinien über die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung erlassen worden sind.

Auch auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik ist von deutscher Seite aus nicht allzuviel geschehen. So wurden Verträge über die Sozialversicherung mit anderen Staaten abgeschlossen. Ferner ist das Internationale Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See usw. ratifiziert und außerdem dem Internationalen Übereinkommen zur Festsetzung von Mindestlöhnen zugestimmt worden.

An Gesetzesvorlagen wurden u. a. von der Regierung im Jahre 1929 vorgelegt: Der Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Angestelltenversicherung, der neue Entwurf über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft (Hausgehilfengesetz), der Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes. Diese Vorlagen harren allerdings noch der gesetzlichen Verabschiedung.

Den umstrittensten gesetzgeberischen Akt in der Sozialpolitik des Jahres 1929 stellt die Novelle zur Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober v. J. dar. Wenn auch die Reform aus inneren Schwierigkeiten der Reichsanstalt selbst verursacht worden ist, so ist aber doch die Art der Reform stark beeinträchtigt worden durch den Kampf der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien gegen die planmäßige Arbeitslosenunterstützung. Man kann wohl sagen, daß im Jahre 1929, in sozialpolitischer Hinsicht gesehen, der Streit und Kampf um die Arbeitslosenversicherung die Hauptrolle gespielt hat. Alle anderen Erscheinungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik fallen dem gegenüber an Bedeutung stark zurück. Alles stand auf dem Spiel. Das entschiedene Auftreten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie brachte es schließlich zuwege, daß die Abbaupläne der Gegner der Arbeitslosenversicherung zunichte gemacht wurden. Aber trotzdem konnten einige Verschlechterungen von der Arbeitslosenversicherung nicht abgewehrt werden. Vor Jahreschluß ist die nun schon seit Monaten notwendige Beitragserhöhung beschlossen worden. Aber auch durch diese Beitragserhöhung wird die Arbeitslosenversicherung von ihren finanziellen Schwierigkeiten nicht befreit.

Inwieweit das Wirken der Gewerkschaften im Jahre 1929 zu sozialpolitischen Verbesserungen geführt hat, darüber kann heute noch nichts Endgültiges gesagt werden. Nach den vorliegenden Ergebnissen zu urteilen, brachte die sozialpolitische Tätigkeit der Gewerkschaften der Arbeitnehmerschaft neue Verbesserungen in bezug auf Lohn, Arbeitszeit usw.

Große Beachtung haben schließlich noch die Beratungen des Nürnberger Krankenkassenparlamentes gefunden. Die Mannheimer Tagung der Ge-

sellschaft für soziale Reform dürfte weniger fruchtbar für den weiteren Ausbau der deutschen Sozialpolitik gewirkt haben. Stärkere Anregungen für eine moderne Gestaltung des Arbeitsschutzes, der Arbeitshygiene gingen dagegen von der Karlsruher Tagung der gewerbeligistischen Gesellschaft aus.

Das Jahr 1929 zeigt uns aber noch ein anderes Bild. So war das Jahr 1929 u. a. reich an sozialreaktionären Strömungen. Es braucht ja hier nur an den Kampf um die Arbeitslosenversicherung erinnert zu werden. Heftige Angriffe gegen die staatliche Sozialpolitik sind erfolgt. Diese Angriffe gingen vorwiegend vom Unternehmertum aus. Erst letzthin hat der Reichsverband der deutschen Industrie erneut seine Feindschaft in einer pamphletischen Denkschrift gegen die gegenwärtige staatliche Sozialpolitik zum Ausdruck gebracht. Obwohl die Angriffe gegen die staatliche Sozialpolitik mit aller Energie geführt wurden, hat diese Tätigkeit im allgemeinen noch zu keinem Erfolg geführt. Dies ist natürlich vorwiegend das Verdienst der Gewerkschaften, denn sie haben den Abbaustrebungen einen entschiedenen Abwehrwillen entgegengesetzt. Auch im Reichsarbeitsministerium wurden die Wünsche der Unternehmer noch nicht beachtet. Auch von dort werden die sozialpolitischen Bestrebungen der Unternehmer bekämpft. Hoffentlich biebt dies auch weiterhin so.

Wir fassen zusammen:

Das Jahr 1929 war in bezug auf die Sozialpolitik, im allgemeinen gesehen, kein Jahr des Rückschritts, aber auch kein Jahr des aktiven sozialen Fortschritts. Das ist so die sozialpolitische Bilanz von 1929.

Welche Lehre muß nun die Arbeitnehmerschaft aus dem vergangenen Jahre ziehen? Da die Sozialreaktion im Wachsen ist, das Unternehmertum weiter zum Kampfe gegen die Sozialpolitik rüstet, heißt es für die Arbeiter und Angestellten noch mehr als bisher darüber zu wachen, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik vor sich geht. Das Jahr 1930 muß die Arbeitnehmerschaft in ständiger Kampfbereitschaft für den Erhalt der Sozialpolitik finden. Die Sozialpolitik darf neben den anderen Fragen schon auch deshalb nicht vernachlässigt werden, da nach 2 1/2-jährigen staatlichen sozialpolitischen Stillstand wieder größere sozialpolitische Reformen im Reichstag zur Debatte stehen. So u. a. die Reform der Reichsversicherungsordnung, das Berufsausbildungsgesetz und das Arbeitsschutzgesetz. Das Jahr 1930 hat es demnach mit einem reichlichen sozialpolitischen Stoff zu tun. Das Ringen der Parteien um die Gestaltung jener zur Verabschiedung kommenden sozialen Gesetze wird, nach der ganzen Situation zu urteilen, hart auf hart gehen. Und daß wir in diesem Ringen obenauf bleiben, muß unser Streben sein. Das Jahr 1930 wird daher alle unsere Kräfte beanspruchen. Und wenn wir an der Schwelle des Jahres 1930 einen Rückblick auf das Jahr 1929 werfen, so hoffen wir, daß wir dann sagen können, im Jahre 1930 ist es in der Sozialpolitik ein Stück vorwärts gegangen.

Lorenz Popp.

## Der Kanossagang der Sozialpolitik.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, diese Schärfmachtante in Disseldorf, wünscht scheinlich die Herabsetzung der Leistungen bei der Sozialversicherung. Sie untersucht die „Aussichten der Sozialpolitik 1930“ und schreibt dabei unter anderem: „Herabsetzung der Leistungen! Das wäre der Beginn des unvermeidlichen Kanossaganges der deutschen Sozialpolitik, nicht erzwungen durch Mangel an sozialer Gesinnung des deutschen Unternehmertums, sondern unabwendbar gemacht durch die Mißachtung aller psychologischen und materiellen Grenzen, die jeder Sozialpolitik, gleich in welchem Wirtschaftssystem, irgendwo gesetzt sind. Die deutsche Finanzpolitik und die deutsche Kommunalpolitik haben diesen Kanossagang hinter sich. Sie haben endlich die Beschwerden der privaten zu Bekenntnissen der öffentlichen Wirtschaft machen müssen. Sollte es nicht möglich sein, durch eine rechtzeitige und freiwillige Anpassung der sozialpolitischen Ausgaben an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine ähnliche, nicht demütigungslose Zuspitzung in der Sozialpolitik zu vermeiden?“

Wir können dem schwerindustriellen Organ die Freude nachfühlen, wenn einmal die Leistungen herabgesetzt werden müßten. Aber die Gewerkschaften werden den Herren diesen Wunsch nicht erfüllen. Besonders bei der Krankenversicherung wird eine Herabsetzung der Leistungen erwartet. Und dies zu einer Zeit, wo die deutsche Bevölkerung immer mehr von alten Leuten durchsetzt wird. Ein Volk, dessen wertvollster Teil der Arbeitskräfte über einem Lebensalter von 35 Jahren liegt, muß notgedrungen erhöhte Aufwendungen für die Sozialversicherung machen.

# VERBAND UND BERUF

## Die deutsche Papierproduktion und der Papieraußenhandel!

Seit 1924 ist die deutsche Papiererzeugung, die in den ersten Nachkriegsjahren erklärlicherweise erheblich geringer war als in der Vorkriegszeit, gewaltig gestiegen. Die Vorkriegserzeugung ist beträchtlich überschritten, gegenüber 1913 beträgt heute die Mehrproduktion rund 1 Million Tonnen. Bemerkenswert ist, daß die reine Papiererzeugung der am stärksten gestiegene Posten ist, während Pappe, Holzschliff und Zellstoff zwar auch, aber doch nicht in dem gleichen Maße gestiegen sind. Die Gesamterzeugung betrug (in Tonnen):

|      |           |      |           |
|------|-----------|------|-----------|
| 1913 | 3 494 400 | 1926 | 3 694 200 |
| 1923 | 2 552 390 | 1927 | 4 332 200 |
| 1925 | 3 708 100 | 1928 | 4 533 300 |

Auf die einzelnen Produktionsarten verteilt sich die Gesamterzeugung wie folgt:

|             |           |           |           |
|-------------|-----------|-----------|-----------|
| 1913        | 1924      | 1928      |           |
| Zellstoff   | 839 400   | 731 600   | 1 149 100 |
| Holzschliff | 674 000   | 574 600   | 837 200   |
| Papier      | 1 611 000 | 1 377 000 | 2 105 000 |
| Pappe       | 370 000   | 277 000   | 442 000   |

Nicht so günstig hat sich der Außenhandel entwickelt. Die reine Papierausfuhr, der wichtigste Aktivposten im Papierhandel, in dem auch die meiste Arbeit steckt, ist erheblich zurückgegangen. Die Zellstoffausfuhr war im Jahre 1928 höher als in den Vorjahren, auch die Ausfuhr von Pappe konnte gesteigert werden. Bemerkenswert ist die Steigerung der Papierholzeinfuhr, wertmäßig ist sie von 60 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 80 Millionen im Jahre 1928 gestiegen. Ein- und Ausfuhr in Tonnen:

|         |           |         |        |
|---------|-----------|---------|--------|
| Einfuhr |           | Ausfuhr |        |
| 1926    | 1 833 257 | 1926    | 29 496 |
| 1927    | 1 911 476 | 1927    | 16 893 |
| 1928    | 2 259 079 | 1928    | 18 496 |

|               |        |      |        |
|---------------|--------|------|--------|
| Papierlumpen: |        |      |        |
| 1926          | 21 394 | 1926 | 96 227 |
| 1927          | 39 150 | 1927 | 62 433 |
| 1928          | 32 509 | 1928 | 71 303 |

|            |        |      |        |
|------------|--------|------|--------|
| Altpapier: |        |      |        |
| 1926       | 21 334 | 1926 | 40 700 |
| 1927       | 68 285 | 1927 | 33 563 |
| 1928       | 47 408 | 1928 | 49 359 |

|            |         |      |         |
|------------|---------|------|---------|
| Zellstoff: |         |      |         |
| 1926       | 62 177  | 1926 | 234 910 |
| 1927       | 125 795 | 1927 | 196 233 |
| 1928       | 151 546 | 1928 | 240 610 |

|              |        |      |        |
|--------------|--------|------|--------|
| Holzschliff: |        |      |        |
| 1926         | 2 163  | 1926 | 13 778 |
| 1927         | 3 770  | 1927 | 4 207  |
| 1928         | 16 484 | 1928 | 2 919  |

|         |        |      |         |
|---------|--------|------|---------|
| Papier: |        |      |         |
| 1926    | 3 165  | 1926 | 372 071 |
| 1927    | 11 130 | 1927 | 344 845 |
| 1928    | 12 334 | 1928 | 339 191 |

|        |        |      |        |
|--------|--------|------|--------|
| Pappe: |        |      |        |
| 1926   | 3 697  | 1926 | 50 843 |
| 1927   | 6 365  | 1927 | 63 253 |
| 1928   | 16 124 | 1928 | 67 696 |

Einer wertmäßigen Ausfuhr von 261 Millionen Mark stand im Jahre 1928 eine Einfuhr gegenüber von 150 Millionen Mark. Im Jahre 1927 betrug der Wert der Ausfuhr 245 Millionen, der Wert der Einfuhr dagegen rund 118 Millionen Mark. Gegenüber 1926, wo die wertmäßige Ausfuhr 278 Millionen und die Einfuhr nur 85 Millionen betrug, sind beide Jahre schlechter.

## Notwendigkeit bei Auslandsanfragen.

Das Einholen von Auskunft bei Stellenwechsel ist eine der ersten Voraussetzungen zur Erhaltung der erreichten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es liegt deshalb nur im Eigeninteresse der Kollegen, vor jedem Neuabschluss einer Arbeitsverpflichtung beim zuständigen Auskunftserteiler Auskunft einzuholen. Weil leider manchem Kollegen das Verständnis dafür abging, welchen Schaden er durch Unterlassung der Einholung von Auskunft beim Stellungswechsel für die Gesamtheit anzurichten vermochte, war die höchste Instanz der Kollegengemeinschaft verpflichtet, hierzu ziemlich scharfe Beschlüsse zu fassen, die im Verbandsorgan wiederholt bekanntgegeben und besprochen worden sind.

Diese Beschlüsse besagen, daß bei Stellungswechsel am Ort, von Ort zu Ort und nach dem Auslande Auskunft einzuholen ist. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, kann sehr stark in seinen organisatorischen Rechten beeinträchtigt werden. Dieser Hinweis wird genügen, die Bedeutung der Einholung von Auskunft bei Stellungswechsel erneut genügend herauszustellen. Aber unierstrichen sei, daß auch vor Stellungsanfrage nach dem Auslande Auskunft einzuholen ist. „Ja, das liebe Ausland!“, werden manche Kollegen sagen, die bereits vergeblich auf erbetene

Auskunft gewartet haben. Daß die Kollegen aber hin und wieder selbst Schuld tragen, wenn sie auf ihre Anfrage keine Antwort erhalten haben, wird ihnen kaum glaublich sein. Und doch ist es so! Und es hat eine sehr einfache Ursache, wie wir uns anlässlich des Internationalen Lithographenkongresses in Prag überzeugen konnten. Die Kollegen machen nämlich oft einen Fehler, der zwar unbewußt geschieht, die Kollegen des Auslandes aber vor ein unlösbares Rätsel stellt.

Dieser Fehler liegt in folgendem: Wir haben in Deutschland zwei Schriftarten: die sogenannte deutsche Schriftart und die lateinische Schriftart. Die deutsche Schriftart ist nur in Deutschland bekannt; das Ausland schreibt, wenn es nicht eine besondere Schrift hat, lateinisch. Jeder Übersetzer vermag die lateinische Schrift zu lesen, die deutsche ist ihm in 99 von 100 Fällen ein Buch mit sieben Siegeln. Die Kollegen werden jetzt schon selbst erkennen, wo hin und wieder die Schuld liegen mag, wenn keine Antwort auf eine gestellte Auslandsanfrage erfolgt. Die in deutscher Schrift geschriebene Anfrage ist die Ursache.

Es liegt natürlich kein Anlaß vor, den Kollegen zuzumuten, eine Anfrage nach dem Auslande in der Sprache des Landes schreiben zu lassen, über das Auskunft gewünscht wird. Aber als recht und billig muß es bezeichnet werden, wenn die ausländischen Kollegen verlangen, daß eine Anfrage so geschrieben ist, daß ein Übersetzer sie lesen und in die Sprache des Landes übersetzen kann. Das ist sofort möglich, wenn eine Anfrage in lateinischer Schrift niedergeschrieben wird. Wir legen deshalb allen Kollegen nahe, die eine Auskunft aus dem Auslande erbitten:

*Schreibt eure Anfragen über Stellungen im Auslande in lateinischer Schrift!*

Damit ist allen am besten gedient und jeder kommt zu seinem Recht. Darum nochmals:

*Schriftstücke nach dem Auslande fertigt man in lateinischer Schrift!*

## Hilfe für die Porträtfotographie?

Der Porträtfotographie geht es schon seit Kriegsende nicht gerade gut. Nicht nur der Geschmack hat sich geändert, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse tragen einen wesentlichen Teil zum flauen Geschäftsgang in der Porträtfotographie bei. Um nun zu einer stärkeren Werbetätigkeit für das photographische Personenbildnis zu kommen, läßt die Leitung des Zentralverbandes Deutscher Photographen-Vereine und -Innungen in der „Photographischen Chronik“ ein Preisausschreiben los, das Werbeartikel bringen soll, an die folgende Bedingungen gestellt werden:

1. Treffsichere Hinweise auf die Unentbehrlichkeit eines photographischen Bildes von jedem Menschen in den verschiedenen Altersstufen für die lebende und kommende Generation.

2. Sinngemäße Anregungen zur Bestellung photographischer Aufnahmen unter Hervorstellung der Unmöglichkeit, von kleinen und oft sehr mangelhaften Amateurbildern Verstorbener befriedigende Kopien oder Vergrößerungen herstellen zu können.

3. Klarheit und Bestimmtheit des Gedankenlaufes, vereint mit größtmöglicher Kürze.

An Preisen sind ausgesetzt 150 RM., 100 RM. und 50 RM. Daneben werden noch 7 Buchpreise gegeben.

Das Preisausschreiben wird wie folgt begründet: „Der Ablauf der täglichen Geschehnisse, der Kampf im Wirtschaftsleben und die Einstellung des kaufenden Publikums haben Formen angenommen, die vor einem Jahrzehnt nicht voraussehen waren und die ein Ausruhen und Insichgehen des einzelnen nicht mehr zulassen. Dinge, die früher den menschlichen Geist in ihren Bann zwangen, Ereignisse, die das Gefühlsleben aufzurühren und aufzuwühlen vermochten, Zusammenhänge im Familienleben, die ehemals die Generationen geistig und bildlich miteinander verbanden, sind der Jetztzeit, der rasenden Flucht vor dem Zurückliegenden, zum Opfer gefallen und haben ihren Wert verloren.“

Das trifft auch auf das photographische Porträt als bildliche Überlieferung an kommende Geschlechter, zu. Eine nicht zu verkennende Erscheinung, die eine immer schlechter werdende Beschäftigung im Porträtfach als ganz erklärlich hinstellen läßt. Hier muß die Werbearbeit der Fachgenossen und ihrer Körperschaften einsetzen, um die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines wohlgezielten, den technischen Fortschritten entsprechenden photographischen Personenbildnisses der hastenden Menschheit in Erinnerung zu bringen. Dabei muß in diese Werbung eine Überzeugungskraft gelegt werden, dahingehend, daß ein solches Bild nur von einem tüchtigen Fachmanne geschaffen werden kann.“

## Eine bemerkenswerte Reichsgerichtsentscheidung.

(Nachdruck verboten)

Am 20. April 1923 schloß die M. Kunstverlag G. m. b. H. in Berlin (Klägerin), mit der Firma Dr. S. & Co. (Beklagte), einen Vertrag, auf Grund dessen die Firma Dr. S. & Co. der Klägerin 80000 Bilderbogen in 7- bis 8farbigem Offsetdruck zu liefern hatte. Für die Drucke sollten 15 1/3 Millionen Mark und für die Lithographien 12 700 000 Mark gezahlt werden. Von diesen Summen waren 10 Millionen bei Auftragserteilung in bar und 4 200 000 Mark durch Akzept per 30. Juli 1923 zu zahlen. Im Dezember 1923 forderte die jetzt Beklagte von der Klägerin im Klagewege 1000 GM. als Teilbetrag für Andrucke, die sie im September 1923 geliefert hatte. Diese Klage endete mit einem Vergleich, nach welchem die Andrucke durch zwei Sachverständige zu prüfen und zu billigen waren. Erst dann sollte die Auflage bis zum 13. August 1924 geliefert werden. Falls Beanstandungen erhoben würden, sollten die Sachverständigen unter Beiziehung eines Obmannes entscheiden. Mit der Behauptung, nach Maßgabe des Vergleichs geliefert zu haben, erhob die Firma Dr. S. & Co. Klage auf Zahlung des Preises der Lithographien mit 4745 RM. Das Landgericht I Berlin verurteilte die Bestellerin zur Zahlung dieser Summe. Die Schuldnerin bezahlte die Urteilssumme in Raten, die letzte am 23. Oktober 1926. Da aber die Firma Dr. S. & Co. die Drucke nicht lieferte, setzte die jetzige Klägerin mit Schreiben vom 7. April 1927 der Beklagten eine Nachfrist von 14 Tagen zur Lieferung der bestellten 80 000 Bilderbogen unter Androhung der Verweigerung der Annahme nach Fristablauf. Die Beklagte bestritt zunächst die Ernstlichkeit des Erfüllungsbegreifens, bemängelte auch die Kürze der gesetzten Frist und verlangte Erhöhung der noch zu zahlenden Vergütung von 1690 RM. auf 3000 RM. Am 13. Mai 1927 erklärte die Klägerin, daß sie ihrerseits von der Erfüllung Abstand nehme und Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlange. Klägerin berechnet den entgangenen Gewinn auf 34 310 RM.

Das Landgericht II zu Berlin wies die Klage ab, auf die Berufung der Klägerin erkannte das Kammergericht nach dem Klageantrage. Die gegen das Urteil des Kammergerichts eingelegte Revision der Beklagten ist vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. Der erkennende 2. Zivilsenat führt in seinen Entscheidungsgründen hierzu unter anderem folgendes an: Das Kammergericht hält den Einwand der Ernstlichkeit aus tatsächlichen Gründen für nicht durchgreifend. Der Einwand der Beklagten, daß sie deshalb von der Lieferung befreit sei, weil die Klägerin noch im Vorprozeß den Standpunkt vertreten habe, die Andrucke seien mangelhaft, sei ebensowenig gerechtfertigt. Denn solange das Vertragsverhältnis nicht abgewickelt gewesen sei, habe die Klägerin ihren Standpunkt aufgeben und sich zur Abnahme der Bilder bereit erklären können. Die Revision der Beklagten hat gegen diese Argumentation eingewendet, daß die Klägerin wider Treu und Glauben verstoße, wenn sie jetzt Vertragserfüllung verlange, obgleich sie trotz des Urteils der Sachverständigen im Vorprozeß immer erklärt habe, daß die Bilder mangelhaft seien. Das Kammergericht verletze § 242 BGB., wenn es der Beklagten zumute, daß sie die für die Herstellung der Bilder nötigen Kosten habe aufwenden sollen, immer auf die Gefahr hin, daß die Klägerin an ihrer bisherigen Auffassung festhalte und die Abnahme ablehne. Das Kammergericht ist aber davon ausgegangen, daß die Drucke unter Berücksichtigung des beim Drucke nach dem Gutachten des Sachverständigen zu beachtenden Verfahrens ordnungsgemäß hergestellt werden könnten und daß die Beklagte dann die Abnahme und die Zahlung des Preises verlangen, bei unberechtigter Erfüllungsverweigerung auch im Prozeßwege erzwingen konnte. Wegen der Möglichkeit, daß sie den Prozeßweg hätte beschreiten müssen, durfte die Beklagte die Anfertigung der Drucke nicht ablehnen.

Hegte die Beklagte die Befürchtung, daß die Klägerin grundlos die Annahme der Drucke und die Zahlung des Preises verweigern werde, so hätte sie bereits im Vorprozeß oder später in einem neuen Verfahren Feststellungsklage dahin erheben können, daß die Klägerin zur Abnahme der nach den bereits hergestellten Lithographien gefertigten Drucke verpflichtet sei. Diese Klage konnte sie schon vor Druck der ganzen Auflage erheben. Solche Probedrucke hätte sie auch der Klägerin vorlegen und sie zu einer Erklärung veranlassen können, die ihr je nach ihrem Inhalt das Recht gegeben hätte, die Erfüllung zu verweigern oder vom Verträge zurückzutreten. So lange die Beklagte von diesen Rechtsbehelfen keinen Gebrauch machte, konnte die Klägerin Erfüllung verlangen. (II 155/29. — 26. 11. 29.)

# LITERATUR UND KUNST

## Ernst Abbe

### dem Gründer der Stiftungsbetriebe in Jena zum 25. Todestag.

Wer etwas Treffliches leisten will,  
Hätt' gern was Großes geboren,  
Der sammle still und unerschaffen  
Im kleinsten Punkte die höchste Kraft.  
Schiller.

Auf dem Carl-Zeiß-Platz in Jena steht ein Denkmal, das van de Velde geschaffen hat. Inmitten des kleinen Rundtempels erhebt sich die aus Klingers Meisterhand hervorgegangene Marmorherme Ernst Abbes. Bronzereliefs von Meuniers Denkmal der Arbeit schmücken die Wände. Dieses Denkmal mahnt den Wanderer an einen Mann, an einen Führer zur Volksgemeinschaft, der an dieser Stelle wirkte, der in seinem Bereich die Zwecke des Lebens wieder richtig ordnete und große Wohltaten hinterlassen hat. Drüben im Volkshaus, der Carl-Zeiß-Stiftung, der letzten, großen, sichtbaren Tat Ernst Abbes, fand am 17. Januar 1905 die Totenfeier für den opferfreudigen Meister statt. Keine Orden und Ehrenzeichen waren zu erblicken, nur in einfachen schwarzen Kleidern ehrte die Versammlung den konfessionslosen Mann, von dem sein Mitarbeiter Czapski sagte: „Wenn man versuchen wollte, mit wenigen Worten die hervorstechendsten Charaktereigenschaften Ernst Abbes zu nennen, so würde man wohl zu sagen haben, daß sie bestanden in der so seltenen Verbindung größter Herzensgüte, humanster Gesinnung und idealen Strebens mit unerschrockener Wahrheitsliebe, ungestümem Schaffensdrang, kraftvollster Männlichkeit. Hochauf ragte, wie seine Gestalt, so sein sittliches Wesen. Geradegan, erhabenen Hauptes ist er seinen Weg gegangen, unbekümmert darum, ob dieser zunächst durch Stimpfe und Gestrüpp führte und ob Dornen den Fuß ritzen, ob Sirenen zu friedlicher Bequemlichkeit lockten oder die Meute der Widersacher ihn bedrohte, dankbar für die Hilfe, die Freude ihm willig gewährten; wenn es nicht anders ging, aber auch ohne diese, allein, das entschlossene Antlitz fest dem fernen Ziele, dem Lichte zugewandt.“

Wer war nun dieser Mann, was hat er geschaffen und worin bestand seine soziale Tat? Ernst Abbe wurde am 23. Januar 1840 in Eisenach als Proletarierkind geboren. Sein Vater war in einer Spinnerei tätig und mußte mit 14 bis 16 Stunden Arbeit am Tage sein Brot verdienen. Eine alte verlassene Mühle diente der Familie als Wohnung. In den verborgenen Winkeln und Ecken dieser Mühle suchten Flüchtlinge der revolutionären Bewegung von 1848 Schutz gegen ihre Verfolger, wobei der kleine Ernst „Schmiere“ stehen mußte. Mehrmals wurde die Wohnung durchsucht, aber niemals fand man die versteckten Flüchtlinge, so gut hatte sie Vater Abbe untergebracht. Diese Eindrücke und das geplagte Proletarierdasein im Elternhaus prägten sich dem Jungen tief ein. Schon frühzeitig traten in Ernst Abbe, durch den Vater geweckt, die Gefühle für Gerechtigkeit und menschliche Würde hervor, sein Leben lang stand er auf der Seite der Unterdrückten und kämpfte für die Freiheit des Geistes. In der Volksschule war der kränkliche Knabe einer der besten Schüler, und bald erkannten die Lehrer, daß sie es mit einem ungewöhnlich gescheiten Jungen zu tun hatten. Mit Hilfe der Fabrikherren des Vaters konnte Ernst die Realschule besuchen, wo sich besonders in Physik und Mathematik seine starke Begabung auswirken konnte. Die jungen Schüler hatten einen naturwissenschaftlichen Verein, in dem Abbe Referent für Physik, Mathematik und Astronomie wurde. Nebenher zeichnete er viel und beschäftigte sich in einer mechanischen Werkstatt. Um die Lehrmittel bestreiten zu können, gab er Privatstunden. Damals währte die vorschrittmäßige Gymasialzeit acht Jahre, Abbe brauchte jedoch nur sieben, um ein hervorragendes Zeugnis der Reife zu erlangen. Als 17jähriger junger Mann besuchte er die Universität in Jena, die in jener Zeit noch sehr armlich eingerichtet war. Natürlich mußte Abbe alle Hilfsmittel, wie Freitsch, Stipendien, die kleinen Ersparnisse des Vaters und die Erteilung von Privatstunden benutzen, wenn er das Studium seiner Lieblingsfächer ermöglichen wollte. In Jena lernte er auch Carl Zeiß kennen, der eine mechanische Werkstatt betrieb und optische Instrumente für die Universität anfertigte. Nach zwei Jahren verließ Abbe das damals noch sehr kleine Jena und ging nach Göttingen, weil an der dortigen Universität stärkere Köpfe in seinen Wissenschaften lehrten. Vom Saufen und Raufen des üblichen Studententreibens hielt er sich fern, dafür war er seinen Studiengefährten weit voraus und verfolgte mit Interesse alle politischen und sozialpolitischen Vorgänge. Mit 21 Jahren bestand er glänzend seine Doktorprüfung. Bald darauf sehen wir Abbe in Frankfurt und Offenbach,

wo er für physikalische und naturwissenschaftliche Vereine Vorlesungen hielt und als Privatgelehrter wirkte. Mit 23 Jahren ist er bereits als Privatdozent an der Universität in Jena tätig. Seine Vorträge waren allerdings den Hörern zu schwer, zu gedankentief, weshalb er auch nur wenig Hörer hatte, um so mehr wurde Abbe von den älteren Kollegen seines Faches geschätzt. Der genügsam lebende Mann wurde immer von Geldnot und zuweilen von fürchterlichen Kopfschmerzen geplagt. Als Mensch mit eigener Weltanschauung trat er aus der Landeskirche aus. Auch in seiner glücklichen Ehe mit Else Snell, der Tochter seines Lehrers und Kollegen, blieb der kirchliche Einfluß fern. 1877 wurde Abbe Direktor der Sternwarte in Jena. Er bewohnte nun das schlichte Häuschen, worin Schiller einst gewohnt hatte, lehrte aber weiterhin als Professor an der Universität und hatte wahrscheinlich ein zwar sehr beachtetes Gelehrtenleben geführt, aber wohl niemals seine Theorie in Praxis umsetzen können, wenn nicht Carl Zeiß die Kenntnisse Abbes in der Herstellung optischer Instrumente benötigt hätte.

Carl Zeiß, der ein betriebsamer Mann war, strebte fortgesetzt nach besseren Leistungen im Bau zusammengesetzter Mikroskope, konnte aber die riesengroßen Schwierigkeiten, die sich ihm hier in den Weg stellten, nicht bewältigen. In Ernst Abbe fand er den Mann, der nach langen, sorgfältigen Beobachtungen und Berechnungen das Rätsel löste und Zeiß in den Stand setzte, Mikroskope zu bauen, die alle anderen Instrumente jener Zeit weit überragten. Bald liefen große Bestellungen ein, die Zeißsche Werkstätte wuchs mehr und mehr und erntete die Früchte der Abbeschen Erfindung. Von nun an zog es Carl Zeiß vor, Abbe, der für den Betrieb so wertvoll war, an sein Werk zu fesseln. Nachdem Abbes Freunde das erforderliche Einlagekapital vorgestreckt hatten, trat er als stiller Teilhaber in das Zeißsche Werk ein. Er mußte jedoch bald erkennen, daß das zur Konstruktion guter Objektive nötige einwandfreie Glas fehlte. Der Mann, der schon lange an der Lösung dieser Aufgabe arbeitete und 1880 die Glasherstellung mit Phosphor und Bor entdeckte, war der Chemiker Otto Schott. Nichts lag für Abbe näher, als diesen Mann für das Zeißwerk zu gewinnen. Mit Schott war der dritte Fachmann im Bunde gefunden, die Bahn war frei zu einem Aufstieg für ein Werk, das heute in der ganzen Welt bekannt ist.

Abbe war seiner ganzen Anlage nach ein Gelehrter, der sich einer durchaus abstrakten Wissenschaft zuwandte, in der er auch zahlreiche Entdeckungen erzielte, die zur Folge hatten, daß bedeutende Hochschulen den Forscher zu gewinnen suchten. Nun war zugleich in Abbe ein Mensch verkörpert, der Gemeinschaft will, der mit warmer Liebe für den Aufstieg des Proletariats wirkte. Als Mitinhaber der Zeißwerke war er in einen Kreis von Menschen gestellt, wo sich sein Gemeinschaftswille und seine Überzeugung an die sittlichen Kräfte im Menschen viel lebendiger betätigen konnte, als in der dünnen Luft seiner wissenschaftlichen Theorien. Er blieb deshalb der Stadt Jena treu und übernahm, außer seinen Universitätspflichten, die nicht geringe Arbeitslast, aus dem Zeißwerk eine vorbildliche Arbeitsstätte zu machen. Auf ausgedehnten Reisen sah er sich nach Rohstoffen und Absatzgebieten um, holte tüchtige Mitarbeiter heran, und verbesserte fortgesetzt die technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen des Werkes. Der so zum Unternehmer gewordene Arbeitersohn führte eine einfache Lebenshaltung, sorgte hochherzig für seine Mitarbeiter, die er am meisten liebte, wenn es freie, selbstdenkende und selbstbewußte Menschen waren. Daß dieser sachliche Mann, dem immerwährend neue Gedanken durchströmten, frei von Selbstlob und Eitelkeit war, daß er äußerliche Ehrungen, Bewehräucherungen, besonders Orden und Ehrenzeichen verabscheute, daß er hingegen jede tüchtige Arbeit der anderen hervorhob, zeugt von der Höhe seiner Lebensauffassung. Nichts hatte er mehr, als willensloser Knecht eines wirtschaftlich Stärkeren zu sein. Wie unzeitgemäß im Sinne jener „Führer“, die so gen alle Menschen eine Zwangsjacke anlegen möchten, klingen Abbes Worte: „Ich betrachte es als ein wahres Glück für das deutsche Volk, daß es in seinen unteren Schichten noch eine genügende Zahl von solchen enthält, die auf jene Zumutungen (unbedingter Gehorsam gegen den wirtschaftlich Stärkeren) reagieren müssen mit Erbitterung und Haß. Denn viel schlimmer als dieses akute Gift ist für die Volksseele das schlechende Gift der Gewöhnung an Heuchelei und Knechtssinn. Kein Volk hat eine ehrenvolle Stellung unter den Völkern behaupten können, wenn seine Einrichtungen dazu führten, die Bediententugenden bei sich zu züchten. Und diejenigen, die

der Sozialdemokratie gegenüber mit Vorliebe die „idealen Güter“ ausspielen, sollen besonders bedenken, daß es für jeden, auch für den schlichten Arbeiter, eines von den idealsten Gütern ist: sich nicht als Knecht eines anderen fühlen zu müssen!“ In den Jahren der Sozialistenverfolgung gehörte schon Mut dazu, den Vertriebenen sein Haus als Asyl anzubieten, die damals drangalierte und schikanierte Partei öffentlich zu unterstützen. Abbe tat es, obgleich er politisch der freisinnigen Volkspartei angehörte.

Inzwischen war Abbe der einzige Besitzer des Zeißwerkes geworden, das durch die Güte seiner Waren außerordentliche Erfolge und Gewinne erzielt. Schon immer hatte sich in ihm der Sozialreformer geregt, schon vordem gab er der Wissenschaft zum Ausbau ihrer Institute starke Zuschüsse, hatte da und dort tatkräftig geholfen und gebessert. Nichts hätte Abbe in dem Weg gestanden, die glänzende Entwicklung seines Werkes als den persönlichen Erfolg seiner Ideen und seiner Arbeitskraft zu betrachten, wie es andere Unternehmer auch tun. Seine lautere Gesinnung konnte es jedoch nicht verantworten, den Gewinn für sich allein in Anspruch zu nehmen. Es drängte ihn, seine Dankeschuld allen denen abzutragen, die am Gelingen des Werkes beteiligt waren und fernerhin dazu beitragen werden. So entstand nach langen Überlegungen das von sozialen Ideen getragene Stiftungsinstitut, das die Juristen der Universität bewunderten, und das sie veranlaßte, Abbe ehrenhalber zum Dr. jur. zu ernennen. Am 1. Juli 1891 wurde die Carl-Zeiß-Stiftung Eigentümerin des Zeißwerkes und Mitinhaberin des Glaswerkes Schott und Genossen. Ernst Abbe hatte also sein gesamtes Eigentumsrecht auf die Stiftung übertragen, war nun nicht mehr der Besitzer, sondern nur noch Mitglied der Geschäftsführung. Die Carl-Zeiß-Stiftung gehört nunmehr allen denen, die zur Erhaltung und Mehrung der Betriebe beitragen, das heißt, allen ehemaligen, gegenwärtigen und kommenden Werksangehörigen, weiter der Universität Jena als Pflegestätten der Wissenschaften, die am Aufbau mitgeholfen haben, der Stadt Jena als Gaststätte und der Bevölkerung Jenas als Gastgeber. Allen ist ein entsprechender Anteil zugesichert. Es zeugt von Abbes Vornehmheit, daß er seiner Stiftung den Namen seines verstorbenen Freundes gab; dem opferfreudigen Führer war nicht sein Name, sondern die gute und gerechte Sache das Wesentliche.

Nun wäre es gewiß interessant, Einblicke zu gewinnen in die Stiftung und ihre Organisation, die Entwicklung des eigenartigen Unternehmens zu verfolgen, das gewissermaßen vom Statut des Stifters geleitet wird, allein der uns zur Verfügung stehende Raum läßt eine nähere Würdigung nicht zu. Es kann hier nur gesagt werden, daß das Verhältnis Ernst Abbes, die innige Vereinigung von Idealismus und Realismus, auf solcher Grundlage steht. Die Arbeitszeit im Zeißwerk wurde schon im Jahre 1900 auf acht Stunden herabgemindert. Abbe legte für seine Betriebe ein eigenes Arbeitsrecht fest, das noch heute vorbildlich ist. Er sicherte den Werksangehörigen das Anrecht auf Abgangentschädigung, Ferien und Ruhegehälter, gab den 1. Mai frei und legte fest, daß alljährlich ein Teil des Geschäftsgewinnes zu Weihnachten den Werksangehörigen auszusuchen ist. Jedenfalls hat Abbe mit diesen Einrichtungen einen Schritt getan, der nicht nur seiner Zeit voraus war, der auch noch gegenwärtig eine Ausnahme bildet. Abbe erkannte die Notwendigkeit, daß auch das Proletariat mit einem Recht ausgestattet sein muß, wodurch es in das Gefühl menschlicher Würde, aus der Hörigkeit in die Welt bürgerlicher Sicherheit gehoben wird. Stets betonte Abbe eine Rangordnung der Werte, doch soll der Tüchtige nicht dazu aufsteigen, um für sich möglichst viel Reichtum anzuhäufen, sondern um der Gemeinschaft besser dienen zu können als an untergeordneter Stelle. Er selbst handelte in diesem Sinne. Sein Statut sollte zeigen, wie der Ausbeuter im Unternehmer zu vernichten ist. Im ganzen hat also Abbe innerhalb seines Bereiches Dinge geschaffen, wie sie damals das Programm der Sozialdemokratie forderte, ja, er ging stellenweise darüber hinaus, obgleich er in vielen Punkten der Marxschen Theorie nicht beistimmte. So wenig er als theoretischer Sozialpolitiker an eine Wiederbelebung der patriarchalischen Verhältnisse im Sinne vergangener Zeiten glauben konnte — im persönlichen Verhältnis zu seinen Mitarbeitern sorgte er wie ein Vater, dem das Wohl und Wehe aller am Herzen lag. Er brachte den Beweis, daß auch im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung ein sozial eingerichteter Betrieb im besten Sinne lebensfähig ist. Für sein menschlich gerechtes Wirken, für seine in die Zukunft weisende Tat sei dem unvergänglichen Meister unser Dank dargebracht. Max Schamberger.

### Rundschau.

#### Kartellierung und Arbeitsmarkt.

Die Bildung strafbarer Kartelle und Syndikate ist auch vom Standpunkt der Arbeitsvermittlung von großem Interesse. Festgefügte Kartelle bilden den Rahmen innerhalb dessen sich die Rationalisierung vollzieht und die Konzentration der Betriebe vorgenommen wird. Das Landesarbeitsamt Westfalen läßt sich über den Zusammenhang zwischen Kartellbildung und Arbeitsmarkt im Bericht vom 10. Januar folgendermaßen aus: „Nunmehr, nachdem die Verbände in der Eisenindustrie fester denn je zusammen geschlossen sind und damit die seinerzeit als vorherrschend erachtete Ursache ausgeschaltet ist, hat es den Anschein, als ob für ganze Bezirke die Verschlechterung des Arbeitsmarktes chronisch wird. In Verlauf dieser Rationalisierungsbestrebungen durch die Kartelle, die sich hier zunächst auswirken in der Konzentration von Betrieben, stehen eine Reihe Stilllegungen von Werken bevor, deren Aktienpakete während der Verbandsverhandlungen in die Hände großer Konzerne übergegangen sind mit der Absicht, die Produktion auf die großen Werke zu übernehmen. Arbeitsmarktlich ist das Ergebnis, daß die bisher schon notleidenden Gebiete ungünstiger Standortbedingungen stärker denn je belastet werden. Vom Standpunkt der Rentabilität der Metallkonzerne mag es eine Lösung gewesen sein, vom Standpunkt der rationalen Verwertung vorhandener, und in ihrer Masse ortsgebundener Arbeitskraft ist das Problem komplizierter denn je geworden.“

#### Kein Ansteigen des Verbrauchs.

Wenn auch die letzten Jahre im Verbrauch des deutschen Volkes eine Erholung von den Entbehrungen der Kriegs- und Inflationszeit brachten, indem 1928 der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung um einige Prozente über Vorkriegeshöhe lag, so zeigt doch die Entwicklung im Verlauf des Jahres 1929 kein weiteres Ansteigen des Verbrauchs des deutschen Volkes, wie die Reichs-Kreditgesellschaft an einer Reihe von Beispielen ausführt. Der Fleischverbrauch ist sogar 1929 geringer geworden als in den entsprechenden Abschnitten des Vorjahres, wenn er auch ein wenig über Vorkriegeshöhe trotzdem hinausragt (1913=100, 1929=100,6). Im übrigen zeigen die Verbrauchsstatistiken immer deutlicher die Umschichtung des Verbrauchs gegenüber der Vorkriegszeit. Immer mehr gehen wir von den größeren Verbrauchsgütern zu feineren über (Sinken des Verbrauchs von Brotgetreide, Steigen des Verbrauchs von Butter und Zucker, Sinken des Verbrauchs von Alkohol und Heringen, Steigen des Verbrauchs von Eiern, Gemüse, Milch und Früchten, Ersetzung von Baumwolle durch Kunstseide usw.). Der Rückgang des Verbrauchs wird sicherlich damit zu erklären sein, daß zwar die Stundenlöhne im Jahre 1929 angestiegen sind, das Arbeitseinkommen des ganzen Volkes trotzdem aber zurückging, da vor allem die Zahl der durchschnittlich geleisteten Überstunden zurückging und die Arbeitslosigkeit zunahm.

#### Deutschland gehört zu den arbeitsamsten Ländern . . .

Im Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft heißt es: „Die Arbeitswilligkeit ist in Deutschland groß, der Andrang zu den offenen Stellen war in jedem Monat erheblich höher als im Vorjahre. Deutschland gehört zu den arbeitsamsten Ländern. Während von der männlichen Bevölkerung Deutschlands ungefähr 70 Proz. und von der weiblichen ungefähr 56 Proz., von der Gesamtbevölkerung also etwa 52 Proz. erwerbstätig sind, sind in den Vereinigten Staaten, die gleichfalls zu den arbeitsreichen Ländern gehören, nach der letzten Zählung von 1920 nur etwa 61 Proz. der männlichen und vor allem nur 17 Proz. der weiblichen Bevölkerung, im ganzen kaum 40 Proz. der Gesamtbevölkerung, erwerbstätig.“

#### Förderung des Kleinwohnungsbaues.

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium haben ADGB., AFA. und ABB. Vorschläge gemacht, um die bedrohliche Lage des Baumarktes zu heben. So wurde unter anderem verlangt, die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten durch Hergabe erstelliger Hypotheken zur stärkeren Finanzierung des Wohnungsbaues zu verpflichten. Allein die deutsche Lebensversicherung verfügt zurzeit über Anlagewerte von rund 1,6 Milliarden RM. Da interessiert es,

zu erfahren, daß die Volksfürsorge insgesamt seit Beendigung der Inflation etwa 35 Millionen RM. für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau hergab, ungeachtet der für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellten beträchtlichen Mittel, und zwar zu Bedingungen, die für die Darlehenssucher weit günstiger sind, als wenn sie sich die Kapitalien auf dem freien Geldmarkt beschafft hätten. Über die Prämienentnahme des Jahres 1930 ist bereits in gleichem Sinne verfügt worden. Mit der freigewerkschaftlichen Dewog hat sich ein enges Zusammenarbeiten herausgebildet. — Tausende von Arbeitern sind durch die Volksfürsorge zu menschenwürdigen Wohnungen gekommen, und viele Arbeiter hatten dadurch Beschäftigung.

#### Verpackungsmaschinen auf der Leipziger Frühjahrmesse 1930

Maschinen zum Verpacken von Nahrungs- und Genußmitteln, Brot, Tee, Suppenwürfeln, Schokolade und Zigaretten und von Markenartikeln, wie Zahnpasten, Seife, erfüllen ihren Zweck nur dann, wenn sie billig arbeiten und die Gebote der Hygiene erfüllen. Sie werden in steigendem Maße auch deswegen gern und viel benutzt, weil sich eine sauber und schön verpackte Ware besser verkaufen läßt als eine lose, unverpackte. Für diese Zwecke des Verpackens der verschiedensten Waren hat die deutsche Maschinenindustrie in den letzten Jahren komplizierte, aber sicher arbeitende Maschinen geschaffen, die die Waren selbsttätig abwägen und in zweckentsprechende Umhüllungen verpacken. Wie vielseitig diese Maschinenarten sind, davon wird die Leipziger Technische Messe ein Bild vermitteln, da dort in der Halle 7 die Hersteller der Maschinen vom 2. bis 12. März eine große Anzahl von Verpackungsmaschinen ausstellen werden.

#### Ferienreisen der „Naturfreunde“.

Wie in den Vorjahren, so werden auch in diesem Jahre Ferienreisen in die verschiedensten Gebiete vom Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet. In Kürze lassen wir einzelne Reisen folgen: Osterfahrt in das Luisitzer Gebirge, Sächsische-Böhmische Schweiz, durch den Taunus an den Rhein, Insel Rügen, Riesengebirge, an die Märkischen Seen, Hohe Tatra, Schwarzwald zum Bodensee, Nordböhmen, Böhmische Schweiz, Bornholm und nach Kopenhagen; Dreiländertour, Dalmatien, Nordtirol und Tauern, Zillertaler Alpen und Hohe Tauern, Westliches Karwendel. — Näheres über Termine und Kosten der einzelnen Reisen ist aus dem illustrierten Hauptprospekt ersichtlich, der gegen 35 Pf. jedem auf Wunsch durch das Reisebüro des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Berlin N 24, Johannistr. 14-15, zugesandt wird. — Wir möchten durch diese Notiz die Kollegenschaft erneut auf die Bestrebungen der Naturfreunde hinweisen.

#### Vom Büchertisch.

**Freudvolle Bewegungsstunden.** Rhythmische Spiele und Tänze nach Weisen alter Meister. Von Dr. Stephanie Endres und Dr. Erich Schenk. Mit Zeichnungen. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Kart. 1,80 RM.

In den engen Straßen, in schlechter Luft, in kleinen Räumen hat der lädige Großstädter das Gefühl für Raum und natürlichen Rhythmus verloren. In dem Trotz des Alltags, im Zwange der Arbeit und der Gesellschaft sehnt sich der Mensch nach Abwechslung, nach Betreibung der Fesseln des Maschinenaktes. Er will sich bewegen und kann es nicht mehr; er will sich freuen, doch sucht allein ist das letzte geblieben. Diesem Sehnen der Menschen nach Bewegung, nach Tanz wollen die Verfasser Abhilfe schaffen. Sie, die schon jahrelang praktisch darin gearbeitet haben, wollen es mit einfachen rhythmischen Tänzen und Spielen nach Weisen alter Meister versuchen. Es wird vom einfachsten ausgegangen: Vom Gehen und Laufen. Vom einfachsten Marsch zum erhabenen Schreiten, vom natürlichen Lauf zum Lauf mit bestimmten Bein-, Arm- und Rumpfhaltungen, von einfachen Drehungen zu fortvollendeten, nach bestimmten Richtungen schmiegsamen Drehungen, von ausdruckslos bis zu Haltungen bestimmtesten Ausdrucks.

Möge das Buch mit dazu beitragen helfen, den Zwiespalt zwischen Sehnsucht und Können zu beseitigen dem Volk, der arbeitenden Menschheit wieder Sicherheit in der Lebensgestaltung zu bringen und das mangelnde Einfügen in das Ganze neu entstehen zu lassen.

**Stenographieren und Maschinenschreiben.** Monatsschrift. Deutscher Kurzschrift-Verlag, Göttingen. Preis jährlich 2 RM.

Stenographieren und Maschinenschreiben lautet der Titel einer neuen Zeitschrift, von der die erste Nummer soeben im Deutschen Kurzschrift-Verlag in Göttingen erschienen ist. Das Blatt will durch planvoll angeordnete, methodisch gut durchgearbeitete Übungen und Musterdarbietungen, die fast ausschließlich dem Wirtschaftsleben entnommen sind, die beruflich tätigen Stenographen und Maschinenschreiber beiderlei Geschlechts über den Durchschnitt erheben.

„Am Marterpfahl der Sioux“ oder „Ein Mädchenraub im wilden Westen“. Schmökerspiel von Franz Osteroth. 3. Auflage, 7 bis 9 Tausend. Preis 0,90 RM. Aufführungsrecht wird erworben durch Abnahme von 20 Exemplaren. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Wie kann der Schulditer auf den Leib gerückt werden? Kaum mit Schuldgesetzten, die es auf edleres Wild abgesehen haben. Vielleicht aber eher auf die Weise des namentlich in der dritten, veränderten Auflage vorliegenden Osterrothschen Schmökerspiels: durch Parodie, Ironie, Karikatur. Hier wird der Schmöker nicht im Stil protestantischer Pastoren „verurteilt“ und vor ihm „gewarnt“. Hier wird einfach eine Uebertragung des Schmökers hingestellt, seiner blutrünstigen, unlogischen, unpsychologischen Handlung, seiner unruhigen Papierblumensprache, seiner Kaschemmerromantik, seiner Einteilung der Menschheit in tief schwarze Schurken und lich weiße Edlinge. Hier stützt Pathos, 61 Sentimentalität, stört schwarzes Schurkenblut. Hier tritt die Heidenblut deutscher Schuldliteratur auf; die Schinderhanses, Rinaldi, Lord Percit Stuart, Tungsas, Harry Piel, nebst obligaten Räuberbräuen, Scharfrichterchörnern und dem Backfischideal: die Prinzessin Uebermut. Hier ist alles beisammen: Bandengründung, Postwagenüberfall, Einführung Cowboyverfolgung, indische Kriegslanze und Pfeilwurf, Marterpfahlquälerie, Kampf zwischen Rothhäuten und Blauhäutern, Liebe aus den ersten Blick, wildes wildes Standgericht und Höllemaschinen-Explosion, die das gesamte Spielpersonal in die „ewigen Jagdgründe“ befördert.

**Jugend-Liederbuch.** 9. Auflage, 451. bis 500. Tausend. Zusammengestellt von Aug. Albrecht. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis: kartoniert 0,65 RM., in Ganzleinen 1,10 RM.

Das seit einiger Zeit vergriffene „Jugend-Liederbuch“ ist wieder erschienen. Die neue Ausgabe ist völlig umgestellt und stark erweitert worden. Die Anzahl der Lieder liegt auf 360, wovon 200 neu sind. Die Gruppe der Arbeiter- und Freiheitslieder. Alle brauchbaren Texte fanden hier Aufnahme. Erweitert wurde ferner das Liederbuch noch um die Abteilungen: „Turner- und Burschenschaftslieder“, „Platdeutsche Lieder“, „Kanonens“, neben den gut ausgewählten Gruppen „Wander- und Marschlieder“, „Für Heim und Rast“, „Liebeslieder“, „Schürren- und Wechselgesänge“ und „Abschiedslieder“. Das Buch wurde ferner mit Scherenschnitten von G. Hempel geschmückt und die Aufmachung erheblich verbessert.

So dürfte sich die Jubiläumsausgabe des „Jugend-Liederbuches“, das nunmehr bereits im 500. Tausend erscheint, viele neue Freunde erwerben. Wir können es nur angelegentlich empfehlen.

**Ernst Abbe, der Arbeiterfreund.** Von Karl Semmler. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Preis 1,— RM.

Aus Anlaß des fünfundzwanzigsten Todesjahres des Gelehrten, Sozialpolitikers und Großindustriellen Ernst Abbe bietet der Verfasser ein Lebens- und Charakterbild dieses seltenen Menschen, der sich selbst enteignet und seine Betriebe bereits 1889 sozialisiert und bereits 1900 den Achtstundenarbeit einführt.

In dem jetzigen Ansturm der Großindustrie gegen die bestehende Sozialpolitik hat die Broschüre auch erheblichen agitatorischen Wert. Ist sie doch ein schlagender Beweis gegen die Unternehmerbehauptung, daß wegen der Sozialbelastung der Weltwettbewerb nicht erfolgreich zu führen sei. Denn trotzdem der Zeifüßungsbetrieb seit einem Menschenalter sich freiwillig mit erheblichen höheren sozialen Lasten belastet, als die offizielle Sozialpolitik vorsieht und seit 30 Jahren den Achtstundenarbeit eingeführt hat (jetzt 45-Stundenwoche), haben die Betriebe doch Geltung in der Welt errungen. Allerdings sind die Zeifüßungsbetriebe durch den Stützungsstatus Abbes in der glücklichen Lage, keine Mammuthalter zu Direktoren oder Aufsichtsräte zählen zu brauchen. Dieitendenschließende Aufsichtsräte kennen die Betriebe nicht und selbst die ersten Mitglieder der obersten Geschäftsleitung beziehen zwar immerhin anständige Gehälter, von denen sich leben läßt, aber doch kann nach dem Stützungsstatus Abbes das höchste Direktorengelohr nur bis höchstens das Zehnfache des Einkommens eines Facharbeiters betragen.

**Um Sein oder Nichtsein der Simultanschule.** Von C. Broglie. Heft 4 der Volkslehrer-Schriftenreihe. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena. Preis 60 Pf.

Ein interessantes Stück Schulgeschichte, das für die deutsche Schulpolitik der nächsten Jahre von allgeröhr Bedeutung ist! In Nassau machten vor hundert Jahren kühne Pädagogen den Versuch, die Trennung der Volksschule nach Bekennnissen zu beseitigen und das Schulwesen einheitlich, „simultan“, zu gestalten. Eine schulpolitische Tat! Was ist daraus geworden? Broglie läßt uns mitteilen, wie die katholische Kirche an dieser „Schule der Toleranz“ Anstoß nimmt und Schritt für Schritt das Geschaffene rückwärts revidiert, so daß uns heute hinter dem Namen „Simultanschule“ eine verkappte Konfessionsschule entgegenstrahlt, in der die Arbeiterbewegung nicht das mindeste Heimatrecht noch verteidigen?

An der Frage der Simultanschulfländer ist der letzte Reichsschulsenatwurf gescheitert. Die heutige Rechtslage im deutschen Schulwesen ist so unsicher, daß neue Schulkämpfe vor der Tür stehen.

#### Inhaltsübersicht.

**Hauptteil:** Für Arbeitsbeschaffung! — Gegen Anleihenperre! / Arbeiter und Wirtschaftsdemokratie. / Neomekantilismus. / Größere Kohlenproduktion als 1913.

**Recht und Gesetz:** Preisausschreiben für Unfallverhütung. / Die sozialpolitische Ausbeute des Jahres 1929. / Der Kanossagang der Sozialpolitik.

**Verband und Beruf:** Die deutsche Papierproduktion und der Papieraußenhandel. / Notwendigkeit bei Auslandsanfragen. / Hilfe für die Porträtfotographie? / Eine bemerkenswerte Reichsgerichtsentscheidung.

**Literatur und Kunst:** Ernst Abbe. Rundschau. / Vom Büchertisch. / Anzeigen.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin IO 36,** Wiener Straße Nr. 50  
 Feinspr. Mor. 12 289

**FACHLITERATUR!**  
 DER WERDEGANG DER CHROMOLITHOGRAPHIE  
 in 12 Farben, 23 Tafeln auf Chromokarton mit Erläuterung. Preis der  
 Mappe inklusive Nachnahme 5,10 RM.  
 DER WERDEGANG DES TIEFDRUCKES  
 in 4 Farben, 7 Tafeln auf feinstem Kupferdruckkarton mit erläuternden  
 Worten. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5,10 RM.  
**Conrad Müller / Schkeuditz - Leipzig.**